

Wiesbadener Tagblatt.

49. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 2 Mk. 50 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Verlag: Langgasse 27.

17,500 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einseitige Zeile für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. —
Reclamen die Zeile für Wiesbaden 50 Pfg.,
für Auswärts 1 Mk.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereicher Anzeigen zur
nächsterscheinenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 26.

Redaktions-Zersprecher No. 52.

Mittwoch, den 16. Januar.

Verlags-Zersprecher No. 2266.

1901.

Abend-Ausgabe.

Bur Frage der Graßmann-Broschüre.

Es mögen mehr als vier Monate her sein, da flog uns eines Tages als „Rezensions-Exemplar“ eine Broschüre auf den Tisch: „Auszüge aus der Moralthologie des heiligen Alphonsus von Liguori und die furchtbare Gefahr dieser Moralthologie für die Sittlichkeit der Völker“. Weniger dieser vielversprechende Titel, als vielmehr der Umstand, daß das Gefäß schon mehr als 50 Auflagen erlebt und daß die auf der Rückseite angekündigten zahlreichen anderen Schriften des Verfassers, Robert Graßmann in Stettin, die Annahme zulassen konnten, daß man es nicht mit einem gewöhnlichen Sensationsmacher zu thun habe, sondern mit einem Manne, der auf den einschlägigen Gebieten wohl bewandert und ein redlicher Kämpfer sei, veranlaßten uns, die Schrift sorgfältig durchzulesen. Sie erregte, erschreckte uns aufs Tiefste. Abgründe thaten sich da auf, an denen man bisher ziemlich ahnungslos vorüber gegangen war, ein Schlüssel wurde gegeben zu Erscheinungen in der katholischen Hierarchie, die man bisher vielleicht nicht so beachtet hatte, wie sie es verdienten, Wunden wurden offen gelegt, die nach dem Operateur verlangen. Wohl fühlten wir die publizistische Pflicht in uns, auf diese Schrift im Interesse der breitesten Öffentlichkeit hinzuweisen; andererseits aber wandelte uns eine Scheu an, die Geruchsnerven unserer Leserschaft mit den Ausdünstungen von Unrath zu belästigen, da unter Blatt nicht zu jenen Blättern gehört, welche fortgesetzt die Sensationslust des Publikums kitzeln und Schmutzprozesse und dergleichen Vorgehenheiten mit Behagen breit treten. Dazu kam der Umstand, daß es sich um eine Sache handelte, welche tief in das konfessionelle Leben eingreift. Freilich stehen wir nicht auf dem engbegrenzten Standpunkt, den uns im Laufe des letzten Jahres sowohl ein protestantischer, als ein katholischer Geistlicher in Briefen zuweisen wollte, nämlich dem, daß ein „Blatt für Alle“, wie das Tagblatt, derartige Fragen nicht berühren solle. Eine Zeitung für Alle soll unseres Erachtens kein Allermannschmeißler sein, kein farbloses Organ, sondern sie soll eben unabhängig, freimüthig und in zeitgemäßer Weise Allen näher treten, was der Tag, was die Gegenwart bringt; sie soll mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge halten, unbekümmert darum, ob ein Theil der Leser vielleicht anders denkt oder vielleicht gar von dem denken zieht. Sieht es doch die Kultur Aufgabe der Presse vollständig vollkommen, wenn man die Blätter, welche sich keiner Partei dienstbar machen, vom Kampfsplatz der Meinung verdrängen und sie nur zu einem Repositorium für Nachrichten und unterhaltende Sachen degradieren will.

Doch das nur nebenbei. Wie gesagt, der aufgedeckte Schmutz, die Brennpunkte des Themas hielt uns einflussvoll ab, uns im „Tagblatt“ näher mit der erwähnten Broschüre zu befassen, trotzdem inzwischen in der auswärtigen Presse der Angelegenheit näher getreten wurde, der Prinz Max von Sachsen, ein römischer Priester, in allen Tonarten gegen den Verfasser loszuschimpfen und gerichtliche Verhandlungen der Sache weiteres Interesse verleihten. Vielleicht hätten wir das Thema überhaupt nicht berührt, wäre es für Wiesbaden nicht plötzlich ganz besonders „aktuell“ geworden. Die Broschüre, von der in den ersten Jahren nach ihrem Erscheinen jährlich nur ungefähr tausend Stück verbreitet wurden, und die deshalb der angegriffene Theil flüchtig todtschwieg, schien plötzlich wie durch ein Wunder Flügel zu bekommen, denn in den letzten anderthalb Jahren kamen mehr als 150,000 Stück an den Mann; sie flog über Land und Meer und wurde in fremde Sprachen übertragen. Da mußte denn wohl oder übel der Herrmann der „Ecclesia militans“ aufgebieten werden, um die Schäflein vor dem Wolfe zu retten; da hieß es die Kirche Christi (in Wirklichkeit die Hochburg der Hierarchie, der Priesterherrschaft) zu schützen gegen Einen, der in dieser Hochburg eigentlich nur ein Großreinemachen veranstalten möchte. So wurde u. A. der Prinz Max von Sachsen ins Feld gestellt und ging mit fanatischem Eifer los, unbekümmert darum, daß taktvolle Leute meinen, der Sprosse eines Fürstenhauses, das einst mit aller Macht für die Reformation eingetreten und das kaum fünf Generationen später, lediglich und allein um eine ausländische Herrscherkrone zu erlangen, wieder katholisch wurde, thäte besser, seinen Glaubenseifer nicht allzusehr auf den Markt zu stellen, sondern in stiller Zelle seiner Frömmigkeit zu fröhnen. Hier in Wiesbaden zog ein so angelegener Geistlicher, wie der päpstliche Prälat und Stadtpfarrer Herr Dr. Keller, selbst gegen Graßmann zum Streite. Nicht weniger als drei Vorträge hat er der Sache gewidmet. Als der erste stattgefunden hatte und Alles zu wissen begehrt, um was es sich eigentlich handelte, haben auch wir endlich von dem Dunge Notiz genommen, und zwar in sehr kurzer Form, indem

wir darauf hinwiesen, daß seine Lektüre für jeden katholischen Familienvater von höchster Wichtigkeit sei und daß man sich eine eigene Meinung bilden möge aus Schrift und Gegenschrift. Inzwischen ist die letztere, in welcher Herr Prälat Dr. Keller die Ausführungen seiner Vorträge hie und da kürzte, im Allgemeinen aber ausdehnte, erschienen und liegt schon in zweiter Auflage vor.

War es der Umstand, daß Dr. Keller im Schlusswort seiner Broschüre den berühmten Kirchenhistoriker Professor Rippold aus Jena, der vor Gericht als Sachverständiger den unbequemen Ankläger Graßmann herausgehauen, persönlich angegriffen, oder war es das Bestreben des Evangelischen Bundes, hier im Trüben zu fischen, jener hervorragende protestantische Theologe tauchte als Sendling jenes Bundes hier mit einer unheimlichen Buntlichkeit auf und ließ den drei Keller'schen Vorträgen fogleich drei eigene Vorträge folgen, in denen er einestheils dem heiligen Alphonsus und seinem Verteidiger übel mitspielte, andererseits für die Altkatholiken den Plamberg schwang. Für erbaulich und auch für besonders christlich erachten wir das Schauspiel nicht, wenn die Konkurrenz gleich bei der Hand ist, einem Gegner, dem ein Wahrer zugestehen (und ein Wahrer bleibt die Graßmann-Broschüre für die römische Kirche ganz zweifelsohne), die Kunden wegzufahren. Doch halten wir uns heute nur an der Thatsache jener Rippold'schen Vorträge und bemerken wir noch, daß heute der allgemein beliebte Kaplan Herr Prof. Dr. Wedewer und in den nächsten Tagen auch der streitbare und talentvolle geschätzte Prediger der deutschkatholischen freireligiösen Gemeinde, Herr Georg Weller, ebenfalls zur Sache sprechen werden, dann haben wir Alles angeführt, was zur Geschichte der Graßmann-Broschüre für Wiesbaden zu bemerken ist. Eine sachliche Beleuchtung, eine Kritik der Angelegenheit selbst behalten wir uns für einen weiteren Artikel vor.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 15. Januar.

Am Bundesrathliche Kriegsminister v. Goltz. — Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Trimborn (Centr.), betreffend die Duellfrage und die neuerlichen Vorgänge bei Reserve-Offiziers-Wahlen in Köln. — Minister v. Goltz erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. — Abg. Trimborn (Centr.) legt den Sachverhalt dar, wie er durch die Presse bekannt geworden ist: Zugehörigkeit der betreffenden Offiziers-Aspiranten zu katholischen Studenten-Vereinigungen, Befragung derselben über ihre Stellung zum Duell und schließlich als Folge der sich auf dem Boden der Gesetze des Staates und der katholischen Kirche bewegenden Antworten — die Nichtwahl zum Reserve-Offizier, sobald Befragung der ersten Wahlhandlung beziehungsweise Nichtwahl infolge der gegen ein solches Inquisitionen eingeleiteten Beschwerde, aber bei dem zweiten Wahlgang abermals Nichtwahl. Ganz besonderes Aufsehen habe es gemacht, daß gegen den einen der Aspiranten sogar vom Vorsitzenden des Ehrenrathes ein Verfahren eingeleitet worden sei wegen angeblicher falscher dienstlicher Meldung. Ein Zweifel darüber sei ganz ausgeschlossen, daß die Betreffenden ihre Nichtwahl ausschließlich ihrer Stellung zur Duellfrage zu verdanken haben. Die strengen Befehle des obersten Kriegsherrn seien also in Köln auf das Allerhöchste verlegt worden. (Beifall im Centrum.) — Kriegsminister v. Goltz erwidert, er habe dem Abgeordneten Trimborn schon privatim gesagt, daß ein solches Verfahren der Befragung von Offiziers-Aspiranten über ihre Stellung zum Duellfrage unzulässig sei. Was die zweite Wahl anlangt, so stehe dieselbe selbstverständlich unter dem Dienstgeheimnis. Wenn Verstöße gegen die Bestimmungen erfolgt sein sollten, so sei es Pflicht der in der Minorität befindlichen Offiziere des Ehrenrathes gewesen, dagegen höheren Orts vorstellig zu werden. Die Heeresverwaltung habe keinen Anlaß, sich mit irgendwelchen Kritiken an die allerhöchste Person zu wenden. Was die Anschuldigungen anlangt, die der Abgeordnete Trimborn gegen den Vorsitzenden des Ehrenrathes und gegen den Bezirkskommandeur gerichtet habe, so werde zweifellos die Kommandobehörde Veranlassung nehmen, die Sache aufzuklären. Auf Antrag des Abgeordneten Schäbler (Centr.) erfolgt Besprechung der Interpellation. — Abg. Basing (nat.-lib.) erklärt Namens seiner Freunde, daß die Antwort des Kriegsministers nicht ausreichend erscheine, weil sie sich nicht dahin erstrecke, daß solche Fälle nicht wieder vorkommen sollten und daß Remedur geschaffen werde. Man müsse sich also nur damit begnügen, daß der allerhöchste Befehl künftig mehr Beachtung finde. (Lachen links.) — Abg. Bachmair (freis. Ver.) betont, daß die Armee in diesem Falle der sich des Uebels sei. (Widerspruch rechts.) Es habe sich dort ein Ehren-Codex herausgestellt im Widerspruch zu der öffentlichen Meinung und den Strafgesetzen. Zur Abhilfe des Uebels könnte entschieden mehr geschehen, als bisher geschehen sei. Nicht zu verkennen sei, daß der kaiserliche Erlaß von 1897 manchen Gute bewirkt habe, aber es müsse doch noch schärfer zugegriffen werden. Der Offizier solle eine höhere Ehre haben als die Duell-Ehre, aber was nützen alle Verschärfungen des Strafgesetzes, wenn hinterher die Begnadigung eintrete. (Lebhafter Beifall im Centrum.) Das Duellwesen sei durchaus undenklich, es sei aus Frankreich und Spanien nach Deutschland gekommen. Wer

Holz vom Fichtenstamme nehme, der Arbeiter, der das Wort Streikbrecher in den Mund nehme, komme auf Monate ins Gefängnis, der Duellant dagegen nur in die Festung und werde dann begnadigt. Wie wirke das auf das Regimentsgefühl des Volkes. (Beifall.) — Abg. Bachmair (Centr.) bemerkt, auch die Katholiken rechneten es sich zur Ehre an, als Offiziere zu dienen, aber in Berlin z. B. werde Jeder, der sich zum Offizier melde, gefragt, wie er zum Duell stehe. (Hört, hört im Centrum.) Ueber die Art, wie der Kriegsminister die Interpellation beantwortet habe, habe er sich gebündelt. Das preussische Kriegsministerium könnte doch einschreiten und aufklären wirken, wenn Verstöße gegen die allerhöchste Ordre vorkämen und Unklarheiten über deren Bedeutung befänden. Er, Redner, fordere deshalb den Kriegsminister auf, seine Stellung zur Sache nochmals einer Revision zu unterziehen. (Beifall.) — Abg. v. Ledebow (kons.) bezeichnet den Vorfall in Köln als tabulardürr und inoffiziell, hauptsächlich wegen des Inquisitionstums und weil ein solches Verfahren der allerhöchsten Kabinettsordre widerspreche. Was aber der Kriegsminister noch thun solle, das wisse er, Redner, wahrhaftig nicht. Die Allen bei der ersten Wahl seien ja kassirt worden. — Abg. v. Boller (Soc.) beleuchtet den Widerspruch in der Regimentsbehandlung, wenn ein Staat, der sonst auf strengste Innehaltung der Rechtsgrundsätze halte, im Gegensatz hierzu Einem, der sich nach den Strafgesetzen richte, Unannehmlichkeiten und Bestrafungen zu Theil werden lasse. Seine Partei verwerfe das Duell in allen Formen und Fällen und sei dafür, daß das Duell ganz verboten werde. (Ruf im Centrum: Ist ja verboten.) — Abg. Karborff (Reichsp.) bedauert den Kölner Vorfall unendlich und hofft, daß die heutige Verhandlung einer Wiederholung solcher Vorgänge vorbeugen werde. — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) wendet sich nicht nur gegen das Duellwesen, sondern auch gegen die Methode des Wählens von Offizieren. — Abg. Lieber (Centr.) ist ebenfalls erstaunt über die Antwort des Kriegsministers. Bei dem Kölner Fall handele es sich um einen Fall offener Auflehnung gegen einen kaiserlichen Befehl, um eine offene Rebellion. Der Minister habe zwar sich und die Heeresverwaltung entlastet, dafür aber andere Stellen, die Kommandostellen bis zur höchsten hinauf, in demselben Maße belastet. Mit dem Abg. Müller-Sagan sei er darin einverstanden, daß wenn die Handhabung des Wahlrechts der Offiziere zu solchen Mißständen führe, allerdings zu erwägen sei, ob nicht zu dem früheren System der bloßen Ernennung der Offiziere zurückgegriffen werden solle. — Kriegsminister v. Goltz kann den ihm vom Vordränger gemachten Vorwurf nicht begreifen. Er könne doch hier nicht dem allerhöchsten Kriegsherrn vorgreifen. Nur der allerhöchste Kriegsherr befehle. Wenn er, der Minister, zu befehlen haben würde, würde dies das allergrößte Unglück für die Armee sein. (Stillemische Heiterkeit.) Redner führt nochmals aus, daß in dem Kölner Falle das Offiziercorps bei der Wahl nicht richtig gehandelt habe. — Abg. Graf Bernstorff (Reichsp.) meint, eines solchen Vorganges halber brauchte die Wahl der Offiziere nicht abgeschafft zu werden. Damit ist die Besprechung der Interpellation beendet. — Das Haus geht die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, fort. Abg. Sebel (Soc.) kommt in seinen Ausführungen nochmals auf das bekannte Circularschreiben des früheren Vorsitzenden der Seeverkehrs-Genossenschaft Goetz zurück. — Staatssekretär Posadowsky wiederholt seine früheren Erklärungen, daß dieses Schreiben sich beim Reichsversicherungsamt befinde, daß aber dieses Amt keinerlei Disziplinar-Befugnis gegenüber den Mitgliedern jener Genossenschaft habe. Was die schwindelhaften Ausverkäufe betreffe, so seien die Polizeibehörden verständigt worden, daß es sich dabei um ein öffentliches Interesse handele, und daß deshalb ein Einschreiten gegen solche Ausverkäufe im öffentlichen Interesse liege. Ueber die Herstellung von Phosphor-Streichhölzern seien Erhebungen angestellt. Es sei voraussichtlich in absehbarer Zeit eine solche Vorlage zu erwarten. Der Zolltarif werde bald dem Bundesrath zugehen. Sobald Bundesrath und Reichstag sich über den neuen Zolltarif geeinigt hätten, würden sofort die neuen Handelsvertragsverhandlungen beginnen, damit eventuell die neuen Handelsverträge gleich bei Ablauf der alten in Kraft treten können. — Abg. Müller (nat.-lib.) erbittet noch möglichsche Beschleunigung der Vorlage des neuen Zolltarifs. Als Verleumdung bezeichnet Redner das Gerücht, daß Bied selbst den 12,000 Mark-Brief an die Socialdemokraten ausgeliefert habe. — Hierauf erfolgt Vertagung. — Morgen 1 Uhr Antrag, betreffend Gewerbegetriebe. — Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. Januar.

Die springenden Punkte in der heutigen Fortsetzung der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus bildeten die Kanalvorlage und die Polenpolitik. Der erste Redner Abg. Freiherr von Jedlich (freikons.) schloß sich in der Beurtheilung des Etats dem Nationalliberalen Dr. Sattler an. Der Mittelkanal werde unsere Verkehrsverhältnisse verbessern, aber seine schlimme Eigenschaft als Einfallsthor für fremdes Getreide müßte durch eine Erhöhung des Zollfußes wettgemacht werden. Der Wunsch der Krone könne diesmal erfüllt werden. Ueber die ruhige und verhältnißmäßige Art, mit der Graf Bülow die Vorlage eingeleitet habe, sei er erstau. Von einer Strafe für die kanalförmlichen Landräthe könne nicht die Rede sein, das hieße ja, der Staatsregierung einen offenen Verfassungsbruch vorwerfen. Sollte

es diesmal zwischen Regierung und Volksvertretung nicht zu einer Einigung über die Kanalvorlage kommen, so brauchte darum das gute Einvernehmen nicht gestört zu werden. Die Staatsaufsicht bei den Hypothekendarlehen dürfte verschärfert werden. Von dem überlasteten Kultusministerium sei die Gesundheitspflege abzutrennen. Als Aufgabe der Hohenzollern im 20. Jahrhundert werde die innere und äußere Kolonisation bezeichnet. Bisher aber habe man von Thaten in dieser Beziehung noch wenig gesehen. Nur beim Zusammenhalten aller Kräfte werde unter der ruhmvollen Herrschaft der Hohenzollern Preußen und das Deutsche Reich seine Stellung behaupten. Der gegenwärtige Reichsfanzler scheine der hohen Aufgabe gewachsen, diese Ziele durchzuführen. (Beifall.) — Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein sicherte eine weitere Ausdehnung der Staatsaufsicht bei den Hypothekendarlehen für die Verhaltung des landwirtschaftlichen Staats zu. — Abg. Ehlers (freif. Ver.) wünscht, daß die Reformminister dem Finanzminister gegenüber etwas mehr auf den berechtigten Forderungen bestehen. Das treffe namentlich für die Eisenbahnen zu. Unsere Eisenbahnen sind keine Wohlthätigkeitsanstalten, aber man muß von volkswirtschaftlichen Standpunkt aus doch für Tarifermäßigungen eintreten. Es ist ein Versehen, daß wir Feinde der Landwirtschaft seien, aber das müssen wir durchaus bestreiten, daß das Wohl des Vaterlandes und die Erhaltung des Deutschthums davon abhängig sei, ob der Getreidezoll 35, 50 oder 70 M. beträgt. — Der Justizminister bemerkt gegenüber dem Vorredner, er habe sich immer um die Verbesserung der Justizgebäude bemüht, der Vorredner müsse auch zugeben, daß schon viel geschehen sei und müsse namentlich anerkennen, daß der Finanzminister in diesem Etat viel für die Justiz gethan habe. Der Finanzminister erklärt, mit Recht sagte Herr Ehlers, der Finanzminister könne nicht für Alles verantwortlich gemacht werden, was ihm in die Schuhe geschoben wird. Es ist ja leicht, wenn man nichts anderes weiß, aus dem Finanzminister das Karnickel zu machen. Es ist ja auch ganz natürlich, denn ich suche keine Popularität und thue meine Pflicht und Schuldbiligkeit und kümmerge mich nicht um das Gerede im Lande. — Abg. v. Jagzewski (Pole) bemängelt, daß es um die Landwirtschaft so traurig steht. Seine Freunde würden die Kanalvorlage sachlich prüfen. Er beschränkt sich über die Haltung der Regierung gegen die Polen. — Minister v. Miquel: Wir machen zu viel Erfahrungen mit den Polen, als daß wir glauben sollten, die Polen seien nur Kämmer und die Unterdrückten, die Deutschen die wilden Thiere. Abg. Jagzewski bezeichnet mich als den eigentlichen Uebelthäter. Die ganze Regierung weiß sich bei ihren Maßnahmen eins mit der überwiegenden Mehrheit der Nation. Wir stehen den Polen ihre Freiheiten, aber Dank erwarteten wir nicht. Die Polen forderten sich von den Deutschen ab und tragen selbst die Schuld. Es dauerte lange, bis sich die Deutschen im Osten zur Verteidigung zusammenschlossen. So lange Preußen besteht, wird es den Polen nicht gelingen, die Landesherrschaft, welche nur so wenige Tagesmächte von Berlin liegen, wieder zu entreißen. Unser Ziel ist die Hebung der Wohlfahrt, Wohlhabenheit und Kultur. So werden sie sich auf die Dauer der Ueberzeugung nicht entziehen können, daß sie sich nirgends wohler fühlen können, als unter der Herrschaft der Hohenzollern. — Kultusminister Studt wendet sich ebenfalls gegen Jagzewski. Eine Verständigung mit den Polen halte er für vollkommen ausgeschlossen; er müsse davon absehen, nochmals eingehend die Ausstellungen Jagzewskis durchzusprechen. Die Polen vergessen ganz, von welchem Reich die deutsche Sprache für das spätere Fortkommen ihrer Kinder ist. Sie träumen von einer nationalen Wiedergeburt; ist da die Behauptung, daß sie lokale Landesländer seien, ernst zu nehmen? Preußen wurde seit hundert Jahren ein festes Haus, wir werden, so Gott will, in diesem Hause bleiben, das durch deutschen Fleiß so wohlthätig geworden ist. — Minister v. Miquel: Die Grundanschauung der polnischen Geistlichen ist, daß ihre Kirche eine polnische ist, und daß die deutschen Katholiken, die dort hin kommen, polonisiert werden müssen. — Abg. Hahn (Bund der Landwirthe) spricht die Hoffnung aus, daß die Haltung der Regierung gegenüber den Polen die Festigkeit dauernd behalten werde. Was die Kanalvorlage betreffe, so müsse er zunächst in der letzten Zeit aufgelauchten Behauptungen freisinniger Blätter widersprechen, daß seine Freunde ein Handelsgeschäft aus der Vorlage und den Zolltarifgesetzen machen wollten, und hofften, den Zolltarif auch ohne Bewilligung der Kanalvorlage zu erhalten. — Minister v. Rheinbaben kommt auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Sattler zurück und weist darauf hin, daß seit 1891 in Berlin von 77 Kriminalfällen nur 13 nicht entdeckt wurden. — Die Weiterberatung wird hierauf auf morgen 11 Uhr vertagt. — Schluß 4¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Aus den Parlamenten.

L. Berlin, 15. Januar.

Das glaubt man gern, daß der Kriegsminister durch die Centrumsinterpellation über den bekannten Vorfall zu Köln in beträchtliche Verlegenheit gesetzt worden ist. Der militärische Geist, vielmehr der Standesgeist des Offiziercorps hatte sich seiner Zeit nur schwer und mühsam das Zugehörigkeits abringen lassen, daß die bürgerliche Gesinnung der großen Volksmehrheit von ihm gebieterisch verlangte, nämlich daß die Stellung zur Duellfrage fortan nicht mehr der Prävise für die Ausnahme in das Offiziercorps sein sollte. Nun handeln aber nicht alle Offiziercorps nach der betreffenden Kabinettsordre, und im Kölner Fall ist der Verstoß gegen die Anordnung des obersten Kriegsherrn besonders auffällig gewesen. Was thut da Herr v. Goltz? Er beantwortet die Interpellation zunächst mit einem selbstverständlichen Votum zu der verletzten kaiserlichen Ordre, und dann verfehlt er sich hinter die völlige Wahlfreiheit und das dazu gehörige Wahlgeheimnis, unter dessen Schutz die Offiziere stehen, sodas sich etwas sehr Sonderbares ergibt: In einem gesellschaftlichen Organismus, der wie kein zweiter die Abhängigkeit der unteren von den übergeordneten Gliedern als Grundlage des Gesamtgefüges aufweist, muß der oberste Chef abschließend bestimmen, daß er in der Sache weiter nichts thun könne. Mit anderen Worten also: Sein Herz schlägt für die kölnischen Kameraden, denen er doch soeben erst eine Vermahnung wegen der Nichtbeachtung einer allerhöchsten Verordnung hatte zu Theil werden lassen müssen. Wer diese Dinge in ihrer innersten Struktur zu erfassen sucht, der wird allerdings nicht ganz bestreiten wollen und können, daß es ein Konflikt von Standespflichten und Standesvorurtheilen ist, der auf die Seele jedes denkenden Offiziers drücken muß. Daß die Vorurtheile eben nur Vorurtheile sind, nimmt ihnen natürlich nichts von ihrem Gewicht, und vielleicht fallen sie gerade darum umso mehr ins Gewicht. Auf der anderen Seite ist es jedoch selbstverständlich, daß die bürgerliche Welt, aus deren Anschauungsweise heraus die meisten Redner in der heutigen Interpellationsdebatte sprachen und sprechen mußten, schlechweg die Pflicht hat, solchen rüdfständigen Auffassungen auch dann scharf entgegenzutreten, wenn man ein Verhängnis für die oft wunderlichen Nöthe hat, aus denen diese Rückständigkeit erwächst. Im Reichstag ist das, was zu sagen erforderlich war, heute von den meisten Seiten her mit wünschenswerther Deutlichkeit wirklich gesagt worden. Es kommt dabei nicht so sehr auf die Nuancen an, die selbstverständlich bei den Reden aus dem Centrum, aus der Socialdemokratie, aus den freisinnigen Fraktionen und aus den Nationalliberalen stark von einander abweichen mußten, sondern das Entscheidende ist, daß kein einziger Redner aus diesen Parteien gewillt war, sich die Methode des Herrn v. Goltz anzueignen, auch der Abg. Büsing nicht. Ja, nicht einmal die konservativen Redner konnten Geschmack an der Art und Weise finden, wie Herr v. Goltz die leidige Angelegenheit behandeln zu sollen glaubte. In dieser Hinsicht also könnte man mit der Interpellationsdebatte ganz zufrieden sein, da sie ein erneutes bestimmtes Bekenntnis der überwiegenden Reichstagsmehrheit zur Achtung vor dem Geiste gelehrter Ordnung erbringt hat, wenn man sich nicht schließlich doch sagen müßte, daß der militärische Geist so stark ist, um sich um den geäußerten Unwillen nicht sonderlich kümmern zu brauchen. Das Endergebnis ist doch, daß das Offiziercorps zu Köln seine herrliche Meinung glatt durchgesetzt hat, und wenn man sich vorstellt, wie heute Abend die Herren im Kölner Offizierskasino den telegraphischen Sitzungsbericht aus Berlin mit vergnügten Mienen lesen werden, so ist das Bild zwar gewiß charakteristisch, aber man könnte sich Erfreulicheres denken.

Selbst Herr v. Jeddig hängt an, sich mit der Kanalvorlage zu befremden. Man mag die Bedeutung des freikonservativen Führers im Abgeordnetenhause so gering bewerten, wie man irgend Lust hat (und man kann darin ziemlich weit gehen, ohne mit der Wirklichkeit in Gegensatz zu gerathen), so hat Herr v. Jeddig in den

früheren Kanaldebatten eine so scharf gegnerische Haltung eingenommen, daß es denn doch etwas befremdlich ist, wenn er jetzt einlenkt. Das Wie ist freilich dazwischen, daß es ihm unter Umständen möglich werden könnte, seine heutige Staatsrede so anzulegen, als seien die Ausführungen über die Kanalfrage nur die Fortsetzung der früheren Gesinnungen. Aber ein Nebenton, der mehr auf die Wilow'sche als auf die Miquel'sche Seite gerichtet war, klang vernehmbar durch. Für die Beurtheilung des schließlichen Erfolgs der Kanalvorlage ist die Rede des Freiherrn v. Jeddig immerhin nicht ohne Belang. Was die Staatsdebatte selber betrifft, so konnte sie die relative Höhe, zu der sie sich gestern aufgeschwungen hatte, nicht wieder erreichen. Denn Alles und noch Einiges in hundert Wirbel vorbewirbelt, wie es ja nun einmal zum Wesen solcher Debatten gehört, so muß man eben auf zusammenschließende Vertiefung verzichten.

Berlin, 15. Januar. Die Budgetkommission des Reichstags trat heute unter dem Vorsitz des Grafen Udo Eulenberg zur Beratung des Eisenbahnbudgets zusammen. Es entspann sich eine lange Diskussion über die Verbesserung der Wagen in D-Zügen, die Häufung von Unglücksfällen u. Schließlich wurden die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr genehmigt. Morgen werden die Beratungen fortgesetzt.

Die 9. Kommission des Reichstags verließ heute den Toleranzantrag des Centrums und beschloß, die Regierung zu ersuchen, eine Zusammenstellung der Bestimmungen über die Religionsübung der Kommission zugänglich zu machen. Hierauf vertagte sich die Kommission auf unbestimmte Zeit. Man nimmt an, daß sie im Februar wieder zusammentritt.

Berlin, 16. Januar. Das Kriegsministerium hat dem Erfinder Ganswindt auf dessen Immediatgesuch an den Kaiser den Bescheid zugehen lassen, daß es unter Verpflichtung der Geheimhaltung bereit sei, in eine Prüfung der Erfindung einzutreten. Es dürfte sich dabei um die Prüfung der Ganswindt'schen Erfindungen auf dem Gebiete der Luftschiffahrt und um die Einführung der Ganswindt'schen tragbaren Fahräder für die Armee handeln, nachdem sich ein solches Rad schon seit längerer Zeit im Besitz des Radeltenhauses in Ploa befindet.

Die württembergische Thronrede. Die gestern zur Eröffnung des Landtags verlesene Thronrede konstatirt, daß die wirtschaftliche Lage des Landes sich im Allgemeinen gehoben hat. Der Stand der Staatsfinanzen ist ein durchaus befriedigender. Aus den Rechnungsjahren 1898 und 1899 ist ein Ueberschuß von 9 Millionen Mark vorhanden, und auch der neue Staatsetwurf dürfte mit einem kleinen Ueberschuß abschließen, obgleich die Staatsausgaben im Steigen begriffen sind, und u. A. auch eine systematische Verbesserung der Gehälter der Staatsbeamten u. durchgeführt werden soll. Die Steuerreform wird dem Landtag in einer Fassung wieder vorgelegt werden, die den früheren ständischen Beschlüssen ernstlich Rechnung trägt. Sodann stellt die Thronrede verschiedene Neubauten im Eisenbahnbauwesen in Aussicht, und erklärt zur Verfassungsrevision, daß so lange die in den Ständeversammlungen bestehenden Verschiedenheiten der Meinungen über eine zweckmäßige Lösung dieser Frage eine Ausgleichung nicht erfahren haben, für ein neues Vorgehen der Regierung ein Erfolg nicht zu erhoffen ist. Weiter stellt die Thronrede eine neue Gemeindeordnung in Aussicht, mit periodischer Wahl der Ortsvorsteher im Zusammenhang mit einer veränderten Zusammensetzung des Gemeindeorgans.

München im Reich. Die ultramontane „Neue Bayerische Zeitung“ hatte ein großes Geschrei erhoben, daß der neue Münchener Polizeidirektor Protestant sei. Nun stellt es sich heraus, daß derselbe nicht Protestant, sondern Katholik ist. Die Blamage des Blattes ist eine vollständige.

Anstaud.

Italien. Daß in Rom mit seinen fast 400 Kirchen ein Bedürfnis nach neuen Kirchenbauten vorhanden sein könne, werden wohl wenige glauben. Und doch ist dem so, seit die Stadt sich auf einigen früher ungebauten Gebieten weithin ausgedehnt hat. Während in der alten Stadt die Kirchen oft im Ueberflus dicht nebeneinander stehen, fehlt es thatsächlich in manchen neuen Stadtteilen an Gotteshäusern.

Frankreich. Die staatliche Aufnahme, welche der Kammer vorliegt, giebt die Zahl der Niederlassungen weib-

Feuilleton.

Königliche Schauspiele

Dienstag, den 15. Januar: „Der Waffenschmied.“ Oper in 3 Akten von A. Loehing.
Als Hans Stabinger sah Herr E. Fischer von der Metropolitan-Oper in New-York sein Singspiel fort. Der Erfolg war diesmal zweifellos. Die Rolle ist von Hause aus nicht in jenen scharfen charakteristischen Umrissen gehalten, wie der „Van Belit“ und beansprucht auch keine so drastische Komik. Stabinger ist zwar auch ein alter gesoppter Narr, aber seine postlernde, bramarbasirende Art ist ungefährlicher: gemüthliche Wiederkehr und deutsche Handwerksmäßigkeit bilden doch den Grundzug, und so bleibt auch Stabinger eine vielmehr „noble Natur“, als der prohlige Bürgermeister von Soardam. Er zeigt auch viel mehr Gefühl und Empfindung; und gerade für die Wiedergabe solcher Gestalten scheint Herr Fischer her vorragend geeignet. Seine kräftige, behagliche Erscheinung paßt für den berühmten und ehrenwerthen Waffenschmied und Thierarzt vortrefflich; fast war die Maske zu „schön“ gewählt für diesen Mann, „den Ginzgen in der Stadt, zu dem das Vieh Verziehen hat“. In Spiel und Auffassung bekundete sich ein verständiges Erkennen aller Mittel und Kräfte und ein kluges Annehmen gewisser Schranken. An der gefanglichen Durchführung durfte man sich wieder rückhaltlos erfreuen. Wie selten ist gerade bei Bassisten eine so gleichmäßig schöne und schulgerechte Ausbildung, eine so reine Vokalisation, vereint mit Reichthum und Geschmeidigkeit des Organs! Die Stimme, von nicht großem aber edlen Tonanschlag, bewies auch gestern genügende Ausdauer: Der Vortrag, — ob im Parlendo oder gebräuntem Gesang, im Solo oder Ensemble — blieb stets klar und gherundet. Den Haupttreffer bedeutete natürlich das Lied „von der alten, bösen Zeit“ im 3. Akt. Troßdem Herr

Fischer hier alle aktuellen teglichen Anspielungen feinsinnig bei Seite ließ (es müßte denn die Warnung vor Glaubensfreigeiterten auf den neuesten Signori-Keller-Rippold-Fall gemünzt sein), und troßdem er nicht mit blendendem Glanz der Stimme prahlen konnte (sein Hof strahlte mehr eine milde Wärme), und troßdem — oder ich darf bei unserm kunstverständigen Publikum wohl annehmen: weil er alle unnothigen Effektmittel vermied, nicht auf unbetonten Endsilben „niederzniele“, nicht jedes zweite Wort mit neuem Akzent herausdonnerte, sondern schlicht, einfach und musikalisch vornehm sang, so errang er sich mit dem alten, sentimentalen Pöbelchen die lebhafteste Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.

Unsere einheimischen Mitglieder wählten in bekannter und längst anerkannter Weise; nur an Stelle des erkrankten Herrn Müller hatte Herr Kromer aus Mannheim die Rolle des Liebenau übernommen, die er mit dankenswerthem Geschick durchführte. O. D.

Aus Kunst und Leben.

Kurhaus. Das S. Syllus-Konzert muß, wie wir schon mittheilten, an einem Donnerstag, und zwar morgen, den 17. Januar, stattfinden. Der Solist Moriz Kofentha, der im vergangenen Jahre einen so außerordentlichen Erfolg im Kurhause erzielte, und von dem das „Berliner Tageblatt“ sagte: „So hat vor ihm Niemand in Berlin gespielt“, und die „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Er ist ein pianistisches Unverses-Genie, das gegenwärtig seines Gleichen nicht hat“, wird diesmal das wunderbare Konzert in A-moll von Schumann und Don Juan-Phantasie von Liszt zum Vortrag bringen. Durch das Kurortchester kommen zur Aufführung: Symphonie in C-dur mit der Schlusszene von Mozart, zum ersten Mal: Rautenbela's Leib, Vorspiel zum fünften Akt aus dem Musikdrama „Die verfluchte Glocke“ von Pöhlner und Ouvertüre zu „Der Eid“ von Cornelius.

Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst.

Dem Vorstand ist es, Dank dem Entgegenkommen der Schneider'schen Kunsthandlung in Frankfurt a. M., gelungen, 4 vorzügliche kleinere Gemälde, je 2 von Liebermann und Leibl, nach Wiesbaden zu bekommen. Dieselben sind bis zum nächsten Donnerstag im Oberlichtsaal des Kunsthofes Banger für sämtliche Mitglieder der Gesellschaft unentgeltlich zu besichtigen. Da die Mitgliederkarten noch nicht ausgegeben werden konnten, so genügt zur Legitimation die Namensangabe. Der Vorstand hofft, den Mitgliedern, wie überhaupt allen Kunstfreunden in Wiesbaden, mit dieser kleinen Ausstellung umso mehr einen Dienst zu erweisen, als weder Liebermann noch Leibl seit vielen Jahren in den Wiesbadener Kunstausstellungen vertreten waren. Neben den genannten Werken sind noch 2 kleine Bildchen eines jüngeren Künstlers von der Gesellschaft ausgeleht.

Verschiedene Mittheilungen. Bei Max Brodhaus in Leipzig sind vier deutsche Volkslieder für Männerchor erschienen, welche L. Seibert arrangirt hat, sie heißen: „Ich habe mir eines erwählt“, „Schönster Schah, du tränkst mich“, „Gestern Abend in der stillen Ruh“, „Auf Trauern folgt Freud“. Die Partitur kostet 60 Pf., jede Stimme 15 Pf. Wir empfehlen diese schönen Volkslieder allen Vereinen.

Der Tod des Polizeidirektors v. Meerscheidt-Süllem ist, wie der „Nat.-Ztg.“ gemeldet wird, thatsächlich auf Selbstmord zurückzuführen. Herr v. Meerscheidt hat sich mit Cyankali, das er schon längere Zeit besaß, vergiftet, und zwar kurz nachdem ihm die Verurtheilung des Bantiers Sternberg bekannt geworden war.

Der in Touristenkreisen sehr bekannte Beobachter auf der Sonndisch-Warte, Peter Lechner, ist vorgestern gestorben. Der „Hamb. Corr.“ meldet, daß der socialdemokratische Schriftsteller Eduard Bernstein nach Verjährung seiner vor 15 bis 20 Jahren unter der Herrschaft des Socialistengesetzes begangener Verbrechen nach Deutschland zurückkehren wird.

